Objektive Nachrichten - Revolutionäre Kommentare *Ausgabe Nr. 61 | April 2022*

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Nein zum Krieg! Nein zur NATO! Nein zum Imperialismus!

President.gov.ua, Ukraine – NATO Commission chaired by Petro Poroshenko (2017-07-10) 48, CC BY 4.0

Den Überfall Russlands auf die Ukraine beantworten die NATO- und EU-Staaten mit einem neuen Niveau an Aggressivität. Deutschlands Regierung hat ein historisches 100-Milliarden-Euro-Aufrüstungsprogramm auf den Tisch gelegt. Die Rüstungsindustrie will in den Dauerschichtbetrieb gehen. Aus Sicht der Arbeiter:innenklasse sind sowohl Putin als auch die NATO Feinde. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, bei dem es keine gerechte Seite gibt. Die Perspektive für die Arbeiter:innen kann nur im Sturz des imperialistischen Systems liegen. Von Thomas Stark.

Am Morgen des 24. Februar haben russische Truppen die Ukraine überfallen. Seitdem tobt in dem Land ein blutiger Krieg. Das Ziel des russischen Staates ist es erklärtermaßen, das Nachbarland zu zerstückeln und Teile davon Russland anzugliedern. Zudem soll das Pro-NATO-Regime in Kiew gestürzt und durch eine pro-russische Regierung ersetzt werden. Für die Durchsetzung dieser Ziele sind der russische Präsident Putin und seine Gefolgsleute und Generäle bereit, Städte zu bombardieren, zu belagern und auszuhungern. Sie nehmen den Tod unzähliger Zivilist:innen in Kauf und gehen bewusst das Risiko einer direkten Konfrontation mit der NATO, und damit das eines Dritten Weltkriegs ein.

Die westlichen imperialistischen Staaten haben auf den Angriff ihrerseits mit einem neuen Niveau an Aggressivität geantwortet. Die USA, Deutschland, Großbritannien und andere NATO- und EU-Staaten planen offenkundig, Russland in der Ukraine in einen langwierigen Guerrilla-Krieg zu verwickeln. Dabei ist ihnen das Leiden der ukrainischen Bevölkerung ziemlich egal. Sie setzen auf die von Oligarchen gestützte Regierung in Kiew sowie faschistische Milizen, die sie schon seit dem Maidan-Putsch 2014 offen unterstützen. Angesichts eines sich abzeichnenden Stockens der russischen Offensive nach wenigen Tagen hat Deutschland seine anfängliche Weigerung aufgegeben und liefert den bewaffneten Kräften in der Ukraine Panzerfäuste und Luftabwehrraketen. Bundeskanzler Scholz hat zudem am 27. Februar ein 100-Milliarden-Euro-Aufrüstungsprogramm für die Bundeswehr verkündet, das so schnell wie möglich starten soll.

Der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall hat bereits angekündigt, in den 24-Stunden-Schichtbetrieb überzugehen. Die Aktien der deutschen Rüstungsindustrie sind nach Scholz‘ Ankündigung in die Höhe geschossen. Neben der Militarisierung haben die westlichen Staaten zudem einen beispiellosen Wirtschaftskrieg gegen Russland entfacht. Dieser wird vor allem auf dem Rücken der arbeitenden und armen Bevölkerung dort ausgetragen, wird jedoch auch hierzulande zu schwerwiegenden wirtschaftlichen Angriffen auf die Arbeiter:innenklasse führen.

Die geopolitischen Hintergründe des Ukraine-Kriegs

Dem Krieg ging ein monatelanger internationaler Machtpoker voraus, nachdem Russland über 100.000 Invasionstruppen an die Grenze zur Ukraine mobilisiert hatte. Das Land ist seit vielen Jahren zwischen den imperialistischen Mächten umkämpft. Russland will die Kontrolle über die Ukraine, um seinen Zugang zum Schwarzen Meer zu sichern und zur führenden Macht in Osteuropa zu werden.

„Eine kämpferische Antikriegsbewegung aufbauen“

Die Internationale Jugend hat anti-imperialistische Demonstrationen in verschiedenen Städten mitorganisiert und ist seit Jahren gegen Krieg, Krise und Kapitalismus aktiv. Wir haben sie zum Interview über den Krieg und ihre Einschätzung der Lage in Deutschland getroffen. > **Seite 3**

Aufrüstung für den nächsten großen Krieg

Seit langem versuchen führende Geostrateg:innen, Politiker:innen und Vertreter:innen der Rüstungsindustrie die Bundeswehr massiv aufzurüsten. Bisher gab es große Ablehnung gegen höhere Militärausgaben und Kriegseinsätze. Doch dies hat sich mit dem Krieg in der Ukraine geändert. > **Seite 4**

Der amerikanische Geostratege Zbigniew Brzeziński hatte schon in den 1990er Jahren festgestellt: „Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr."

Russlands wichtigster innereuropäischer Konkurrent bei diesem Vorhaben ist Deutschland, das schon seit dem Kaiserreich die Führungsmacht über Osteuropa anstrebt. Nicht umsonst ist der größte Teil des deutschen Kapitals im „Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft" organisiert und arbeitet seit Jahrzehnten unermüdlich an der wirtschaftlichen und politischen Durchdringung der Staaten östlich der Oder. Deutschland spielte eine wichtige Rolle beim Putsch gegen die frühere ukrainische Regierung im Jahr 2014. Nicht umsonst hielt sich kurz vor Ausbruch des Krieges der Chef des deutschen Auslandsgeheimdienstes BND in Kiew auf.

Die USA wiederum wollen ihren Einfluss auf Staaten wie die Ukraine und Polen aufrechterhalten, damit weder Deutschland noch Russland in Europa zu stark werden. Damit sichern sie ihre Rolle als Welthegemonialmacht, die heute vor allem von China infrage gestellt wird. China versucht aktuell mit seinem Multimilliardenprojekt „Neue Seidenstraße", die Staaten des eurasischen Kontinents wirtschaftlich und politisch zu durchdringen.

Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg

Schon vor dem Ukraine-Krieg befanden sich die Auseinandersetzungen zwischen den imperialistischen Mächten in Osteuropa auf dem Niveau eines dauerhaften, niedrigschwellig ausgetragenen Konflikts. Russland hatte sich 2014 als Antwort auf den Maidan-Putsch die Halbinsel Krim im Schwarzen Meer einverleibt und unterstützte bewaffnete Separatisten im ukrainischen Donbass-Gebiet. Zudem gehören gegenseitige Sanktionen und Cyberangriffe seit Jahren zum Alltag der zwischenimperialistischen Auseinandersetzungen. Mit dem Überfall auf die Ukraine haben diese Auseinandersetzungen ein neues Niveau erreicht, und die Wahrscheinlichkeit für häufigere und größere offene Kriege in Europa ist dadurch deutlich angestiegen.

Der tieferliegende Grund hierfür ist der unerbittliche Konkurrenzkampf zwischen den Kapitalgruppen der beteiligten Länder, also den Industriellen und Finanzoligarchen, die in Deutschland und den USA genauso herrschen wie in Russland und der Ukraine. Die territoriale Kontrolle über Osteuropa dient ihnen dazu, die Arbeiter:innenklasse und die natürlichen Ressourcen in den betroffenen Staaten maximal auszubeuten und die Region als Sprungbrett für die Eroberung weiterer Teile Eurasiens zu nutzen. Weil die kapitalistischen Länder sich unterschiedlich schnell entwickeln, muss dieser Konkurrenz- und Gebietskampf früher oder später gesetzmäßig in einen großen Krieg um die Neuverteilung der Welt münden. Es ist daher kein Zufall, dass die Führer aller imperialistischen Staaten jetzt wieder offen vom Dritten Weltkrieg und vom atomaren Schlagabtausch sprechen. Der Ukraine-Krieg muss als Vorspiel eines solchen 3. Weltkriegs betrachtet werden, bei dem alle beteiligten imperialistischen Länder versuchen, eine möglichst gute Ausgangsposition für den Weltkrieg zu erzielen.

Es gibt keine gerechte Seite in diesem Krieg!

Vor diesem Hintergrund ist es offensichtlich, dass es keine gerechte Seite im Ukraine-Krieg gibt. Alle beteiligten Seiten, ob Russland, die USA oder Deutschland, die russischen Oligarchen, die hinter Putin stehen, oder die ukrainischen Oligarchen hinter Selenskij: Ihnen allen geht es darum, die eigene Macht und die eigenen kapitalistischen Maximalprofite zu sichern und auszubauen. Dafür sind alle Seiten bereit, Arbeiter:innen als Soldat:innen auf dem Schlachtfeld zu opfern, sie in den Städten mit Panzern und Raketen zu beschießen und sie für den wirtschaftlichen und militärischen Krieg bezahlen zu lassen: Nämlich mit steigenden Preisen, knappen Versorgungsgütern und wachsenden Staatsschulden, um die Profite der Rüstungskonzerne zu finanzieren. Auch Deutschland bereitet seine Bevölkerung schon auf harte Einschnitte und Opfer vor.

Es ist deshalb wichtig, weder auf die Propaganda Russlands noch die der deutschen Medien hereinzufallen. Weder verfolgt Russland in diesem Krieg „legitime" Sicherheitsinteressen, noch dient das Aufrüstungsprogramm der Ampel-Regierung einem anderen Zweck als der Vorbereitung Deutschlands auf neue imperialistische Verteilungskriege. Außerdem dürfen wir nicht auf die Propaganda hereinfallen, welche die in der Ukraine herrschende Clique um Selenskij oder die bewaffneten Milizen als Verteidiger:innen des ukrainischen Volkes darstellen. Selenskij ist ein Interessenvertreter der ukrainischen Oligarchen. Seine enge Geschäftsverbindung zu dem Oligarchen Ihor Kolomoiskyj wurde 2021 im Zuge der Auswertung der sogenannten „Pandora Papers" aufgedeckt. Und die ukrainischen Milizen, die in der Presse verschämt als „Landwehren" bezeichnet werden, werden maßgeblich von faschistischen Gruppierungen wie dem „Rechten Sektor" getragen. Keine dieser Kräfte steht auf Seiten der ukrainischen Arbeiter:innenklasse.

Unsere Perspektive: Sturz des imperialistischen Systems und Aufbau des Sozialismus

Der Ukraine-Krieg hat dem imperialistischen System die Maske vom Gesicht gerissen. Der Kapitalismus bringt den Arbeiter:innen in Europa und anderswo auf lange Sicht nicht Wohlstand, Frieden und Stabilität, sondern Krieg, Elend und Tod. Das Versprechen auf ein gutes Leben in diesem System hat sich vor der gesamten Weltbevölkerung angesichts der unverhohlenen Drohungen mit dem Atomkrieg als dreiste Lüge entlarvt.

Schon in diesem Krieg werden tausende, vielleicht zehntausende Arbeiter:innen sterben oder verwundet werden. Millionen, vielleicht Milliarden werden mit schlechteren Lebensbedingungen für ihn bezahlen. Das Ausmaß von Tod und Zerstörung, welches ein dritter imperialistischer Weltkrieg bringen wird, lässt sich nur schwer erahnen.

Für die Arbeiter:innenklasse kann die Perspektive deshalb nicht darin liegen, einer der heuchlerischen Kriegsparteien hinterherzulaufen und auf ihre Propaganda hereinzufallen. Sie kann nur darin liegen, dass die Arbeiter:innenklasse selbst zur politischen Macht wird, den Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen, den Militarismus und die kapitalistischen Herrscher:innen im eigenen Land aufnimmt. Sie kann nur darin liegen, dass die Arbeiter:innenklasse den Kampf aufnimmt und dieses imperialistische System stürzt. Sie muss selbst die Macht übernehmen, den Kapitalist:innen die Produktionsmittel entreißen und eine sozialistische Gesellschaft aufbauen. Nur auf diesem Weg lässt sich der imperialistische Wahnsinn stoppen.

Krieg dem Kriege

Kurt Tucholsky
1919

Und ein Schrei von Millionen stieg auf zu den Sternen.

Werden die Menschen es niemals lernen?

Gibt es ein Ding, um das es sich lohnt?

Wer ist das, der da oben thront,

von oben bis unten bespickt mit Orden,

und nur immer befiehlt: Morden! Morden! –

Blut und zermalmte Knochen und Dreck …

Und dann hieß es plötzlich, das Schiff sei leck.

Der Kapitän hat den Abschied genommen

und ist etwas plötzlich von dannen geschwommen.

Ratlos stehen die Feldgrauen da.

Für wen das alles? Pro patria?

Brüder! Brüder! Schließt die Reihn!

Brüder! das darf nicht wieder sein!

Geben sie uns den Vernichtungsfrieden,

ist das gleiche Los beschieden

unsern Söhnen und euern Enkeln.

Sollen die wieder blutrot besprenkeln

die Ackergräben, das grüne Gras?

Brüder! Pfeift den Burschen was!

Es darf und soll so nicht weitergehn.

Wir haben alle, alle gesehn,

wohin ein solcher Wahnsinn führt –

Das Feuer brannte, das sie geschürt.

Löscht es aus! Die Imperialisten,

die da drüben bei jenen nisten,

schenken uns wieder Nationalisten.

Und nach abermals zwanzig Jahren

kommen neue Kanonen gefahren. –

Das wäre kein Friede.

Das wäre Wahn.

Der alte Tanz auf dem alten Vulkan.

Du sollst nicht töten! hat einer gesagt.

Und die Menschheit hörts, und die Menschheit klagt.

Will das niemals anders werden?

Krieg dem Kriege!

Und Friede auf Erden.

„Wir müssen eine klassenkämpferische Antikriegsbewegung aufbauen“

Die Internationale Jugend ist eine antikapitalistische Jugendorganisation, die in verschiedenen Städten in Deutschland aktiv ist: *internationale-jugend.de*

Der Einmarsch Russlands in die Ukraine brachte noch am selben Tag tausende Menschen in Deutschland auf die Straße, um gegen den Krieg zu protestieren. Die Internationale Jugend ist eine der Organisationen, die antiimperialistische Demonstrationen in verschiedenen Städten mitorganisierte und schon seit mehreren Jahren gegen Krieg, Krise und Kapitalismus aktiv ist. Wir haben sie zum Interview über den Krieg und ihre Einschätzung der Lage in Deutschland getroffen.

Wie ist eure Position in der aktuellen Lage?

Wir denken, dass die aktuelle Lage sehr dynamisch ist. In der Ukraine, aber auch in Deutschland ändert sie sich Tag für Tag. Grundlegend ist für uns aber klar, dass wir uns weder auf die Seite der NATO oder Russlands stellen, denn beide wollen die Ukraine ausbeuten. Dieser Krieg ist schließlich ein Interessenkonflikt zwischen Großmächten und nicht der Feldzug eines größenwahnsinnigen Putin.

Stattdessen sind wir solidarisch mit den Arbeiter:innen, die unter diesem Krieg am meisten leiden und fordern deshalb auch keine Sanktionen. Schon jetzt können wir nämlich sehen, dass diese nicht Putin und Lawrow treffen, sondern die einfachen Menschen in Russland.

In Deutschland beziehen wir außerdem antimilitaristisch Position und stellen uns gegen die Aufrüstung.

Was bedeutet Antimilitarismus für euch?

Wir verstehen unter Antimilitarismus den Kampf gegen die Aufrüstung kapitalistischer Länder nach innen und außen. Das bedeutet, sich gegen das Sondervermögen für die Bundeswehr zu stellen, genau wie es bedeutet hat, sich gegen die neuen Polizeigesetze und das neue Versammlungsgesetz in Nordrhein-Westfalen zu stellen. Diese Politik dient schlussendlich demselben Zweck: Der Aufrechterhaltung der Herrschaft einiger weniger Kapitalist:innen in Deutschland sowie international. Gerade für die Arbeiter:innenjugend war der Kampf dagegen in der Geschichte immer wieder sehr wichtig. Denn letztendlich waren es immer wieder junge Arbeiter:innen, die für die Profite deutscher Monopole in den Krieg geschickt wurden, um auf ihre Klassengeschwister zu schießen.

Wie schätzt ihr die Situation der Jugend in der BRD ein?

Viele haben noch nicht verstanden, was hier gerade passiert. Die Bundesregierung hat ein 100-Milliarden-Sondervermögen für die Bundeswehr beschlossen, Deutschland hat sich gegen ein Bündnis mit Russland entschieden, liefert Waffen an die Ukraine und geht jetzt in die Offensive, um sich Osteuropa noch weiter unter den Nagel zu reißen. Dafür sind die geplanten EU-Beitritte von Georgien, Moldawien und der Ukraine die neuesten Beispiele. Zu guter Letzt diskutiert man jetzt auch noch über die Wiedereinführung der Wehrpflicht.

Klar ist, dass der deutsche Kapitalismus seine Interessen wieder verstärkt militärisch und offensiv durchsetzen will – und das auf Kosten der Jugend. Uns wurde jahrelang erzählt, dass es kein Geld für unsere Schulen geben würde, für den Krieg hat man es aber. Und wir sind es, die als Teil der deutschen Kriegsarmee unser Leben für die Interessen von Deutscher Bank, BASF, VW und Co. hergeben sollen.

Worin seht ihr eure Aufgabe als Jugendorganisation?

Unsere Aufgabe muss es jetzt sein, eine klassenkämpferische Antikriegsbewegung aufzubauen, die sich weder auf die Seite Deutschlands oder der USA noch auf die Seite Russlands stellt. Das ist nicht nur Aufgabe der Jugend, sondern aller Arbeiter:innen und Revolutionär:innen überhaupt.

Als Jugendorganisation ist es uns vor allem wichtig, gegen die Aufrüstung und die mögliche Wiedereinführung der Wehrpflicht zu kämpfen. Denn wir werden das Ganze später mit Steuergeldern oder unserem Einsatz und Leben in der Bundeswehr bezahlen.

Wir wollen nicht der Bundesrepublik dienen, sondern für ein anderes Deutschland kämpfen, das nicht mehr Europa und den Rest der Welt unterwirft. In diesem Kampf haben wir nichts zu verlieren, denn dieses System bietet uns nichts anderes als Armut, Perspektivlosigkeit und Krieg. Unser Ziel ist eine Welt der Völkerfreundschaft, ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

Aufrüstung für den nächsten großen Krieg

Seit langem versuchen führende Geostrateg:innen, Politiker:innen verschiedener Parteien und Vertreter:innen der Rüstungsindustrie die Bundeswehr massiv aufzurüsten. Bisher gab es große Ablehnung gegen höhere Militärausgaben und Kriegseinsätze. Doch dies hat sich mit dem Krieg in der Ukraine geändert. Von Kevin Hoffmann

Mit dem Krieg in der Ukraine soll der Bundeswehr und der deutschen Rüstungsindustrie plötzlich ein sogenanntes „Sondervermögen“ von mindestens 100 Milliarden Euro zur massiven Aufrüstung des deutschen Militärs zur Verfügung gestellt und im Grundgesetz verankert werden. Hinzukommen soll die dauerhafte Erhöhung der jährlichen Militärausgaben auf mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes, so wie es die NATO seit langem fordert.

Ganz so plötzlich wie nun von Bundeskanzler Olaf Scholz unter tosendem Beifall der Regierungsparteien verkündet sind diese Aufrüstungspläne dann aber doch nicht entstanden. Mindestens seit Oktober 2021, vermutlich jedoch deutlich länger, liegen die Pläne für die strategische Aufrüstung der Bundeswehr bereits in den Schubladen des Verteidigungsministeriums.

Deutschland bereit für den Krieg machen

Die Propaganda für die Notwendigkeit der Aufrüstung der Bundeswehr und die Beteiligung an Kriegseinsätzen in der ganzen Welt läuft auch in Deutschland seit Jahrzehnten auf Hochtouren. Erinnern wir uns nur an die Aussagen von Peter Struck, der bereits im Jahr 2004 zur Verteidigung der deutschen Sicherheit am Hindukusch aufrief. Noch muss in Deutschland jede Kriegsbeteiligung umständlich mit der eigenen „Verteidigung“ gerechtfertigt werden.

Die aktuelle Eskalation der Widersprüche zwischen den führenden imperialistischen Staaten der NATO und Russland in der Ukraine macht den Weg frei für die sprunghafte Aufrüstung und das Über-Bord-Werfen jeglicher Zurückhaltung bei der Militarisierung.

Offen wird heute über die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht bzw. die Einführung einer Dienstpflicht, die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrates, eines Generalstabs der Bundeswehr, die Stärkung der Rolle Deutschlands bei der militärischen Abschreckung mit Atombomben und die Verzahnung des Kampfes gegen innere und äußere Feinde und Gefahren debattiert.

Kriegspropaganda auf allen Kanälen

Nicht erst mit dem Angriff Russlands gegen die Ukraine, sondern bereits seit Jahren fördern die großen Zeitungs- und Medienmonopole die Propaganda rund um die angeblich „unterfinanzierte“ Bundeswehr. Führende Lobbyist:innen der Rüstungsindustrie und Bundeswehr bekommen hier regelmäßige ganze Seiten für ihre Kriegs- und Aufrüstungspropaganda zur Verfügung gestellt.

Mit dem Aussetzen der Wehrpflicht im Jahr 2011 stieg auch das Budget der Bundeswehr für Nachwuchswerbung massiv an. Diese wurden von 16 Millionen auf im vergangenen Jahr 35 Millionen Euro mehr als verdoppelt. Zum Repertoire der Werbung gehören neben klassischer Werbung in Radio, Zeitungen und Außenwerbung, insbesondere eigens konzipierte und aufwendig produzierte Videoserien und Social-Media Formate.

Stoppt die Rüstung für den nächsten Weltkrieg

Je länger der Krieg in der Ukraine anhält und von westlichen Medien voll ausgeschlachtet wird, desto höher steigen die Umfragewerte für die oben skizzierten Pläne der strategischen Aufrüstung. Dabei ist klar, dass eine weitere massive Aufrüstung der Bundeswehr nicht zu einer friedlicheren Politik Deutschlands im Weltgeschehen führen wird.

Wollen wir das Streben deutscher Monopole und Militärs, Deutschland neben seiner ökonomischen Macht auch wieder zu einer der stärksten Militärmächte der Welt zu machen, und ihre Ambitionen für ein neues Weltkriegsabenteuer verhindern, dann müssen wir ihre Pläne zur strategischen Aufrüstung heute durchkreuzen. Dafür brauchen wir eine Antikriegsbewegung, die sich nicht allein gegen Russland, sondern gegen alle imperialistischen Kriege richtet und ihre Solidarität auf die Arbeiter:innenklasse statt auf Nationalstaaten orientiert.

PERSPEKTIVE» ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: Mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

www.perspektive-online.net

fb.com/PerspektiveOn
t.me/perspektiveon
instagr.am/perspektiveonline

V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Kalk-Mülheimer Str. 124
51103 Köln

PERSPEKTIVE» MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer *0151 16991583* einen Kontakt anlegen.

2. Nachricht per **Whatsapp** oder **Telegram** mit „Start“ schicken.

3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt aufs Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

PERSPEKTIVE» APP

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die Perspektive-App über den Playstore downloaden oder die APK direkt von unserer Homepage herunterladen und installieren:
perspektive-online.net/app/

MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- Abonniere die Printausgabe von „Perspektive“
  perspektive-online.net/abo/
- Werde Mitglied im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“
  perspektive-online.net/verein/
- Unterstütze uns mit einer Spende.
  perspektive-online.net/spenden/